

A10 Kinderarmut hat System - Kapitalismus ist das wahre Problem!

Gremium:	Vorstand und Motte Milow
Beschlussdatum:	28.11.2023
Tagesordnungspunkt:	TOP 4 Leitantrag "Kinderarmut hat System - Kapitalismus ist das wahre Problem!"

Antragstext

- 1 Kinderarmut hat System – Kapitalismus ist das wahre Problem!
- 2 Leitantrag KMV GJ Bochum 06.12.
- 3 Jedes vierte Kind in Bochum wächst in Armut auf.
- 4 Viele Eltern dieser Kinder arbeiten in Vollzeitjobs, verdienen jedoch so wenig,
- 5 dass es kaum zum Leben reicht. Viele Familien beziehen Sozialhilfe.
- 6 Niemand ist selbst schuld daran, in Armut zu leben. Besonders Kinder können
- 7 nichts für ihre Situation. Und dennoch ist keine Altersgruppe so stark von Armut
- 8 bedroht, wie Kinder und Jugendliche.
- 9 Kulturelle und soziale Teilhabe werden zum Luxusgut. Der Besuch im
- 10 Schauspielhaus oder Kino, Kinderpunsch auf dem Weihnachtsmarkt oder der
- 11 Unterricht in der Musikschule – all das ist schon längst nicht mehr
- 12 selbstverständlich.
- 13 Doch diese Armut ist nicht naturgegeben. Diese Armut hat System. Und dieses
- 14 System heißt Kapitalismus.
- 15 Wir arbeiten jeden Tag in Jobs, die uns keinen Spaß machen, um zumindest Miete
- 16 und Essen finanzieren zu können. Trotzdem haben wir ab Mitte des Monats Angst,
- 17 auf unseren Kontostand zu blicken. Trotzdem stehen wir an der Supermarktkasse
- 18 und hoffen, dass wir alles bezahlen können. Und währenddessen sitzen CEOs auf
- 19 ihrer Designercouch in einer Villa und überlegen, sich einen dritten Porsche zu
- 20 kaufen. Und zwar mit den Profiten, die sie ohne unsere Arbeit niemals hätten.
- 21 Dieser Ungerechtigkeit begegnen wir mit Solidarität. Wir wissen, dass wir
- 22 stärker sind als das obere 1%. Wenn wir uns nicht spalten lassen und erkennen,
- 23 dass Armut, patriarchale Strukturen, Rassismus und alle anderen Auswirkungen des
- 24 Kapitalismus zusammenhängen.
- 25 Deshalb fordern wir gemeinsam:
 - 26 • Soziale Teilhabe für alle! Kinder und Jugendliche brauchen kostenfreien
 - 27 Zugang zu Kultureinrichtungen.
 - 28 • Eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient hat!
 - 29 • Kinder- und Jugendeinrichtungen müssen besser finanziert werden!
 - 30 • Mobilität ist die Grundlage sozialer Teilhabe. Kostenloser ÖPNV für alle!
- 31 Wir wissen, dass prekäre Arbeit und Armut eine Notwendigkeit des Kapitalismus
- 32 sind. Und deshalb wissen wir, dass die Umsetzung dieser Forderungen nur der
- 33 Anfang ist. Um dafür zu sorgen, dass in Zukunft kein Kind in Armut aufwachsen

- 34 muss, stehen wir zu unserer antikapitalistischen Grundhaltung. Deshalb arbeiten
35 wir weiter daran, dass System von links unten zu verändern!

Begründung

mündlich

A1 Bildungsteam als Organ anerkennen

Gremium:	Vorstand GJ Bochum
Beschlussdatum:	13.11.2023
Tagesordnungspunkt:	TOP 7 Satzungsänderungsanträge

Antragstext

- 1 Ändere §3 Organe (Satzung)
- 2 Die Organe der GRÜNE JUGEND Bochum sind die Kreismitgliederversammlung (streiche
- 3 und) und, der Vorstand und das Bildungsteam. (ab hier streichen) Sie werden
- 4 durch das Bildungsteam ergänzt, dass jedes Jahr von der Basis gewählt wird.
- 5 Füge §6 Bildungsteam hinzu (Satzung)
- 6 Das Bildungsteam wird von der Kreismitgliederversammlung für ein Jahr gewählt.
- 7 Das Bildungsteam unterstützt den Vorstand bei der Planung und Durchführung von
- 8 Bildungsveranstaltungen. Für die Umsetzung bleibt allein der Kreisvorstand

Begründung

erfolgt mündlich

A2 Erstattungsanträge im Vorstand beraten

Gremium:	Vorstand GJ Bochum
Beschlussdatum:	13.11.2023
Tagesordnungspunkt:	TOP 7 Satzungsänderungsanträge

Antragstext

- 1 Ändere §3 Haushalt, Punkt 3 (Finanzordnung)
- 2 (streiche) Ausgaben bis zu einem Betrag von 50€, benötigen einen Finanzbeschluss
- 3 des Vorstandes. Bei Beträgen über 50€ muss das Plenum, mit einer einfachen
- 4 Mehrheit, den Finanzbeschluss beschließen. (füge hinzu) Über Erstattungsanträge
- 5 berät der Kreisvorstand.

Begründung

In der bisherigen Fassung mussten Erstattungsanträge von über 50 Euro im Plenum beschlossen werden. Da das Plenum kein Organ der GJ Bochum ist, können dort keine rechtswirksamen Beschlüsse getätigt werden.

Dass die ursprüngliche Version der Satzung trotzdem Plenumsbeschlüsse vorsah, lag an dem Wunsch nach Transparenz. Wenn die Basis über größere Ausgaben ihres Kreisverbandes aufgeklärt werden und ihnen sogar zustimmen muss, entsteht daraus ein Kontrollprozess.

Leider ist es allerdings nicht möglich, diese „Überwachung“ tatsächlich im Plenum umzusetzen. In Zukunft sollen Finanzanträge also ausschließlich im Vorstand bearbeitet werden. Manchmal muss eine Erstattung kurzfristig und im gegebenen Tempo beschlossen werden, sodass auch eine mögliche Beratung von Anträgen auf einer KMV die Handlungsfähigkeit des Kreisverbandes stark einschränken könnten. Des Weiteren bleibt der geschäftsführende Kreisvorstand weiterhin für die Finanzen rechenschaftspflichtig – ein Missbrauch dieser Regelung kann also nach wie vor von der Basis politisch bestraft werden.

A11 Gesellschaftliche Spaltung an den Schulen überwinden! - Für ein solidarisches Schulsystem

Antragsteller*in: Paul Emile Schnieders (KV Bochum)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Sonstiges

Antragstext

1 Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Die Ursache dafür ist aber nicht – wie
2 Konservative behaupten – das Recht auf Asyl. Was die gesellschaftliche Spaltung
3 wirklich vorantreibt sind die immer weiter steigende soziale Ungleichheit,
4 Rechtsextremismus und Diskriminierung. An den Schulen wird das besonders
5 deutlich. Deshalb müssen die Schulen dem endlich entschieden entgegenwirken.
6 Damit das funktioniert, muss auch der Lehrkräftemangel bekämpft werden.

7 Soziale Ungleichheit bekämpfen:

8 Sei es das dreigliedrige Schulsystem oder die hohen Kosten, die für
9 Klassenausflüge, Fahrten, Schulmaterialien oder Mittagsessen für die Familien
10 anfallen. In der Schulzeit wird die soziale Ungleichheit zwischen Schüler*innen
11 sehr deutlich, vor allem wenn es darum geht, wer sich noch ein Mittagsessen
12 leisten kann und wer nicht. Die Unterteilung in Gymnasium, Haupt- und Realschule
13 treibt die gesellschaftliche Spaltung zwischen arm und reich noch weiter voran.

14 Wir fordern:

15 • Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems! Es ist ein Relikt aus der
16 Drei-Klassen-Gesellschaft des 19. Jahrhunderts und verfestigt Klassismus.
17 Am Ende der Grundschulzeit schon nach Leistung zu selektieren und damit
18 eine wegweisende Entscheidung für den späteren Lebensweg der Schüler*innen
19 zu treffen, ist extrem anmaßend.

20 • Soziale Ungleichheit muss an den Schulen bekämpft werden! Teilhabe an der
21 Digitalisierung, sowie an Fahrten und Ausflügen, darf nicht vom Geldbeutel
22 der Eltern abhängen. Der Staat muss die Kosten dafür übernehmen und
23 Schüler*innen mit Schulmaterial und Geräten ausstatten!

24 • Schulbildung muss unabhängig von der sozialen Stellung der Eltern sein.
25 Noch immer ist der Lernerfolg von Schüler*innen extrem davon abhängig, ob
26 sie Unterstützung von ihren Eltern bekommen. Die können aber viele Eltern
27 nicht leisten, seien es fehlende Deutschkenntnisse oder der Zwang viel zu
28 arbeiten, um sich überhaupt über Wasser zu halten. Diese ungleichen
29 Voraussetzungen müssen die Schulen ausgleichen. Durch persönliche
30 Betreuung der Schüler*innen, aber auch durch kostenlose Nachhilfe- und
31 Freizeitangebote.

32 Lehrkräftemangel bekämpfen:

33 Um den Lehrkräftemangel zu bekämpfen helfen Forderungen in der KMK, Lehrkräfte
34 könnten ja in Zukunft zwei Klassen hybrid unterrichten, niemandem weiter. Das
35 ist ein Schlag ins Gesicht für alle Lehrkräfte, die jetzt schon total überlastet
36 sind. Vor allem, da sie extrem viel Arbeitszeit in Unterrichtsvorbereitung und
37 Korrekturen stecken, die gar nicht in ihre Arbeitszeit einberechnet wird. Der
38 Beruf muss attraktiver werden, das erreicht man mit solchen Forderungen aber
39 noch viel weniger. Eine weitere Forderung: größere Klassen. Gehts noch? Die

40 Klassen sind an den meisten Schulen schon jetzt viel zu groß. Das ist extremst
41 belastend, sowohl für Lehrkräfte, als auch für Schüler*innen.

42 Wir fordern:

- 43 • Schluss mit dem defacto-Vollzeitzwang! Es braucht bessere
44 Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte. Das bedeutet unter anderem kleinere
45 Klassen und weniger Arbeitszeit bei voller Bezahlung! Außerdem muss die
46 Arbeit von Grundschullehrkräften endlich angemessen anerkannt werden. Hier
47 müssen die Gehälter deutlich steigen.
- 48 • In den meisten Schulen müssen die eh schon wenigen Informatiklehrkräfte
49 auch noch die gesamte IT-Administration der Schule übernehmen. Das kann
50 nicht sein! An den Schulen müssen eigene Stellen nur für die Wartung der
51 digitalen Infrastruktur geschaffen werden.
- 52 • Eine gute Ausstattung der Schulen! In den meisten öffentlichen Schulen
53 fehlen Geräte um naturwissenschaftliche Experimente durchzuführen. Es muss
54 deutlich mehr Geld in die Ausstattung der Schulen gesteckt werden. Erst
55 dann können die Lehrkräfte auch wirklich guten Unterricht für die
56 Schüler*innen machen.

57 Quelle:

- 58 • [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2023/SWK-2023-
59 Stellungnahme_Lehrkraeftemangel.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2023/SWK-2023-Stellungnahme_Lehrkraeftemangel.pdf)

60 Kein Raum für Rechtsextremismus und Diskriminierung:

61 Hakenkreuze auf Schultoiletten. Hitlergrüße, Rassismus und Antisemitismus auf
62 dem Schulhof. Das ist leider auch an vielen Bochumer Schulen Alltag. Schulen
63 müssen ein Safe-Space für alle sein.

64 Vor wenigen Monaten erst wurde öffentlich, dass an einer Schule in Brandenburg
65 in großem Stil rechtsextreme Hassbotschaften verbreitet wurden und auf
66 Klassenfotos der Hitlergruß gezeigt wurde. Zwei Lehrkräfte die diese Vorfälle
67 öffentlich machten und eine Demo dagegen organisierten, wurden daraufhin
68 gewissermaßen von ihrer Schule verjagt.

69 Erschreckenderweise werden solche Fälle – vor allem von den Schulleitungen –
70 meistens als Einzelfälle abgetan und ignoriert. Das finden wir einfach nur
71 erschreckend - gerade in einer Zeit in der rechtsextreme Parteien wie die AfD in
72 den Umfragen bei über 20 Prozent liegen. Denn auch solche vermeintlichen
73 Kleinigkeiten tragen zur Diskursverschiebung nach rechts bei und führen dazu,
74 dass sich viele Schüler*innen und Lehrkräfte an ihren eigenen Schulen zutiefst
75 unwohl fühlen.

76 Wir fordern:

- 77 • Ein konsequentes Vorgehen gegen jede Form von Diskriminierung und
78 Rechtsextremismus an Schulen. Solche Vorfälle dürfen durch Schulleitungen
79 nicht länger totgeschwiegen und toleriert werden - stattdessen müssen

80 diese klar benannt werden und es muss deutlich mehr antifaschistische
81 Aufklärungsarbeit gemacht werden.

- 82 • Die Schulen können sich nicht einfach aus der Verantwortung ziehen, in dem
83 sie mal in einer Stufe eine Gedenkstättenfahrt organisieren.
84 Bildungsarbeit gegen Faschismus und Diskriminierung funktioniert nur, wenn
85 sie dauerhafter Bestandteil des Unterrichts ist. Das muss stärker in der
86 Lehrkräfteausbildung berücksichtigt werden.

87 Quelle:

- 88 • [https://www.rbb24.de/studiocottbus/panorama/2023/07/brandenburg-burg-
schule-rechtsextreme-vorfaelle-lehrer.html](https://www.rbb24.de/studiocottbus/panorama/2023/07/brandenburg-burg-
89 schule-rechtsextreme-vorfaelle-lehrer.html)

Begründung

erfolgt mündlich